

## **Lydia Klinkenberg über das Haushaltsdekret im Ausschuss für Gesundheit und Soziales**

Reden wir über Prioritäten: Der Ausgabenhaushalt für die Familien-, Senioren-, Gesundheits-, Sozial- und Behindertenpolitik wird im kommenden Jahr im Vergleich zu 2018 um 3,7 % erhöht. Innerhalb von vier Jahren ist der Sozialhaushalt um insgesamt 13,2 Millionen jährlich angestiegen. Und das ist richtig so, denn es geht dabei um die großen Herausforderungen in unserer Gesellschaft.

Beginnen möchte ich mit einem kurzen Wort zur Solidarwirtschaft, dem Sektor, der Menschen in Beschäftigung bringt, die es nicht ganz so leicht haben auf dem Arbeitsmarkt.

Was in diesem Sektor an Aufbruchsstimmung entstanden ist seit der Übernahme der Zuständigkeit im Jahr 2016, ist bemerkenswert: Marketing-Workshops, Storytelling-Initiativen, ein Tag der Solidarwirtschaft im Februar nächsten Jahres... All das wird, so hoffe ich jedenfalls, Früchte tragen, und die Anerkennung und Sichtbarkeit der Sozialbetriebe in der Privatwirtschaft und der Gesellschaft im Allgemeinen steigern. Die Initiativen beweisen jedenfalls, was ein Sektor bewirken kann, der in Netzwerkarbeit investiert. Und so hoffe ich, dass sich im nächsten Jahr die ersten Erfolge bemerkbar machen.

Das nächste Jahr... Wenn das Feuerwerk gerade verklungen, der Kater noch zu fühlen ist und die Oma mit dem Sauerkraut wartet, dann tritt unser neues System zur Auszahlung des Kindergelds in Kraft. Ab dem 01. Januar 2019 werden 70% aller Familien ein höheres Kindergeld erhalten als zuvor. Wie viel Kindergeld man künftig genau erhält, kann man neuerdings auf dem gerade online geschalteten Familienportal Ostbelgien [ostbelgienfamilie.be](http://ostbelgienfamilie.be) simulieren. Ich habe es gemacht und nun schwarz auf weiß, dass Familien mit 2 kleinen Kindern ab Januar mehr Kindergeld bekommen als im Dezember. Wer simuliert wird außerdem feststellen, dass sie oder er nicht weniger Kindergeld bekommen wird als vorher. Dafür sorgt der Übergangsmechanismus.

Das neue Kindergeld macht die ostbelgische Familienpolitik gerechter, einfacher und vor allem transparenter. Das sieht auch der Bund der Familien so. Ein guter Start ins neue Jahr also.

Aber noch sind wir im Dezember, dem Monat der langen Nächte, wie er auch genannt wird, was mich dazu bewogen hat, mir den Jugendbericht der KU Leuven etwas genauer anzuschauen. Liest man den aktuellen Jugendbericht, so erfährt man, dass unsere engagierten Jugendlichen sich nicht nur sehr ostbelgisch fühlen, sondern es auch gerne bleiben möchten.

Sie schätzen ihren Lebensstandard hier vor Ort. Damit sie aber in Ostbelgien bleiben, braucht es eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das geht nicht zuletzt aus dem Zitat eines jungen ostbelgischen Arbeitnehmers hervor.

Gut also, dass die Regierung erklärt hat, bis 2025 jedem Kind, das einen Betreuungsplatz benötigt, einen solchen anbieten zu wollen, um den Bedarf zu 100% abzudecken, auch wenn wir bereits heute die höchste Kinderbetreuungsquote in Belgien haben und auch im internationalen Durchschnitt eine gute Figur machen. Wichtig bleibt, dass Kinderbetreuung auch weiterhin einkommensgestaffelt und bezahlbar bleibt.

Massiv investiert worden ist in den letzten Jahren in diesen Bereich: in neue Kinderkrippen in St.Vith und Hergenrath, ein neues Onlinereservierungsportal, ein erweitertes Ferienprogramm, den Ausbau der außerschulischen Betreuung, die Aufwertung der Tagesmütter sowie höhere Gehälter für Familien- und Seniorenhelfer und Kinderbetreuer. Letzteres schlägt alle Jahre wieder mit 710.000 Euro zu Buche. Und das ist gut so, denn aus eigener Erfahrung weiß ich, wie wichtig ihre Arbeit nicht nur für die Kinder, sondern auch für das Wohlbefinden der beruflich aktiven Eltern ist. Diese finanzielle Aufwertung der Gehälter ist demnach nur eine kleine Anerkennung für geleistete, unbezahlbare Arbeit, die den Kindern wichtige soziale Kompetenzen mit auf den Weg gibt.

Soziale Kompetenz ist auch erforderlich, wenn die liebe Familie sich in der Weihnachtszeit um den Baum versammelt, der Glühwein die Gemüter berauscht und die Gans im Ofen warten muss. Weihnachten ist Magnet für Generationen, für die es schon lange nicht mehr selbstverständlich ist, langfristig unter einem Dach zu wohnen. Und trotzdem ist Familie ein Konzept, das für unsere ostbelgischen Jugendlichen sehr wichtig ist, wie man dem Jugendbericht entnehmen kann. Und wie kann man besser den Austausch zwischen Generationen fördern als beim gemeinsamen Erzählen, Basteln, Singen und Spielen? Denn wenn die Jüngsten und die Ältesten zusammentreffen, dann sind wir bei der Generationsbrücke, eine mittlerweile deutschlandweit recht verbreitete Initiative des intergenerationellen Austauschs, die in Form eines Pilotprojekts der Städtischen Grundschule Oberstadt und des Eupener Seniorenheims Sankt Joseph bei uns angekommen ist. Ziel ist es, bei intensiver Begleitung durch das geschulte Team der Generationsbrücke, das Miteinander so zu gestalten, dass es für Jung und Alt eine Bereicherung darstellt: Die Kinder profitieren vom Wissen der Senioren, sie lernen etwas über Mitmenschlichkeit, Toleranz und Respekt, das Älterwerden und die Pflegebedürftigkeit, während die Senioren abwechslungsreiche Stunden erleben. Ich würde

mir sehr wünschen, dass das Projekt auch in den anderen ostbelgischen Alten- und Pflegeheimen umgesetzt wird. Denn wir wissen alle: Unsere Senioren sind zahlreich und sie werden immer zahlreicher. Es gilt daher eben solche neuen Wege des intergenerationellen Miteinanders zu gehen und Verständnis füreinander zu entwickeln.

In dieser Legislaturperiode haben wir ebenfalls die Alten- und Pflegeheime saniert und die Anzahl Plätze um 15% d.h. 111 Betten erhöht, weitere 150 sollen folgen: Der Neubau des Seniorenheims in St. Vith. soll innerhalb der nächsten 5 Jahre realisiert werden. Wartelisten sollen kontinuierlich abgebaut werden. Wir wollen außerdem die Anzahl betreuter Wohnungen verdoppeln, neue alternative Wohnformen vorantreiben und die Tagespflege ebenso wie Kurzaufenthalte ausbauen.

Wir haben zwischenzeitlich bereits die Mittel für häusliche Hilfen um mehr als 30 % aufgestockt.

Wir beabsichtigen, dass jede Frau und jeder Mann in Ostbelgien so selbstbestimmt wie eben möglich altern kann. Am morgigen Tag werden wir dazu ein Grundlagendekret verabschieden. Ziel ist es, die neue Zuständigkeit für die Alten- und Pflegeheime zu nutzen, um dem demografischen Wandel aktiv entgegenzusehen, den Alten- und Pflegeheimen – wie zuvor den Krankenhäusern – mehr Planungssicherheit zu geben, dabei aber immer den alternden Menschen und seine spezifischen Bedürfnisse im Blick zu behalten. Angebot, Qualität der Pflege und Bezahlbarkeit sind die Stellschrauben, an denen wir drehen können. Und das möchten wir auch weiterhin konsequent tun.

Wenn daher im neuen Jahr die Deutschsprachige Gemeinschaft durch die neue Zuständigkeit in der Lage ist, die Rahmenbedingungen für Pflegeberufe zu verbessern, sie gesellschaftlich und finanziell aufzuwerten, dann sollte dies auch geschehen. Die Sozial-, Kultur- und Jugendeinrichtungen Ostbelgiens, der gesamte sozio-kulturelle Sektor leistet einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Aufwertung des Sektors ist daher in unser aller Interesse. Das aktuelle Abkommen mit dem Nicht-Kommerziellen-Sektor läuft Ende 2019 aus. Die neuen Verhandlungen mit den Sozialpartnern haben vor Kurzem begonnen und sollen bis zum Ende der Legislaturperiode abgeschlossen sein. Wir hoffen, dass die Verhandlungen im Sinne der vielen Beschäftigten im Sektor zu einem erfolgreichen Ergebnis geführt werden können.

Kommen wir aber noch einmal zurück zum Pflegepersonal: Es besteht akuter Personalmangel, mit steigender Tendenz. Schon jetzt gibt es zu wenig Personal und zu viel Arbeit. Viele sind überlastet, was den Job leider nicht attraktiver macht. Das Personal ist aus Flexibilitätsgründen oft Teilzeit beschäftigt. Auch das macht es nicht leichter, Personal zu binden: Das berichteten uns Menschen aus dem Sektor. Und auch die Leitung von Vivias äußerte sich vor Kurzem in einem Grenzecho-Interview in ähnlicher Weise: Man müsse nachdenken über neue Ausbildungswege und die Erschließung neuer Berufsgruppen. Herr Minister, wir möchten Sie auffordern, diese Vorschläge zu prüfen.

Wir sind der Meinung, dass die Betroffenen einbezogen werden müssen in die Überlegungen, wie sich die DG in Zukunft aufstellt, um dem Pflegenotstand zu begegnen, denn die Heime und das Pflegepersonal kennen die Herausforderungen. Sie sind die Experten ihrer Situation.

Jeder von uns wird wahrscheinlich einmal in die Situation kommen, Pflege zu benötigen. Diese Diskussion betrifft uns also alle.

Wenn wir heute eine Zeitkapsel für die Zukunft verschließen würden, dann würde auf meinem Wunschpapier stehen: Ich möchte in Würde altern und wissen, dass sich ausreichend gut geschultes Personal um mich kümmert, wenn ich es denn selber nicht mehr kann.

Weihnachten – alle Jahre wieder – der Nikolaus – die Hitparaden der vergangenen Jahre: Die Haushaltsdebatte ruft offensichtlich immer wieder besinnliche Gedanken auf den Plan.

Wie dem auch sei, es ist richtig und wichtig, dass wir bereits heute im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzeptes künftige Herausforderungen antizipieren und in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Betroffenen Lösungen suchen. Weitere Beispiele dafür folgen nun von meiner Kollegin Liesa Scholzen.